

## Rezensionen

Sauer, Dieter: Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen. Hamburg: VSA Verlag 2005, ISBN 3-89965-093-X, 205 S., € 16,80

Die Einsicht, dass wir uns in einem Epochenbruch der gesellschaftlichen Strukturierung von Arbeit und Wirtschaft befinden, wird immer plausibler. Frühere Regulationsweisen, Routinen und Politikformen greifen nicht mehr, Neues scheint als Möglichkeit noch in äußerst widersprüchlichen Formen auf. „Arbeit im Übergang“ nennt folgerichtig Dieter Sauer seine aktuell in einem Buch vorgelegten „Zeitdiagnosen“ aus arbeits- und industriesoziologischer Perspektive. Es sind überarbeitete Aufsätze der letzten Jahre zu (in der Reihenfolge ihres Abdrucks) Kapitalismus im Übergang (2002), neue Zumutungen an Arbeitskraft (2002), Auflösung der Unternehmen (1997), Entgrenzung der Arbeit (2003), Internalisierung des Marktes (2000), Zeit, Leistung, Beschäftigung (2004) und eben Arbeit im Übergang (2005), die Sauer mit einem aktuellen und prägnanten Vorwort versieht und als einen Entwurf zur Diskussion stellt, der Debatten um arbeitspolitische Veränderungsmöglichkeiten auslösen soll.

Dieser Schritt ist richtig, notwendig, war aber für Industriesoziologie nie selbstverständlich. Er soll Arbeitsforschung wieder in eine Schlüsselstellung in der Deutung gesellschaftlicher Veränderung bringen, die sie vor Jahrzehnten einmal innehatte, auch z.B. Michael Schumann hat in jüngster Zeit in die gleiche Richtung reflektiert.

Sauers Veröffentlichung zu einer derartig komplexen Thematik zeichnet sich mit der dazu notwendigen Interdisziplinarität aus. Die einzelnen Beiträge sind zumeist mit industrie- und arbeitssoziologischen Co-Autoren (Bechtle, Döhl, Kratzer) oder solchen aus der Arbeitspsychologie (Moldaschl) oder praktischen Philosophie (Peters) für die unterschiedlichsten Anwendungskontexte formuliert. Dabei bildet sich die Grundstruktur der Argumentation zunehmend einheitlicher und überzeugender heraus:

- Seit Mitte der siebziger Jahre zeigt sich immer deutlicher, daß das bis dahin vorherrschende tayloristisch-fordistische Regulationsregime (Massenproduktion und –konsum, gesellschaftliche Steuerung) in eine grundlegende Krise geraten ist.

- Derzeit befinden wir uns immer noch in einem Prozess versuchter Krisenanpassung, nicht einem der gelingenden Überwindung des Fordismus. Ihr innere Kern ist eine forcierte Vermarktlichung.
- Ermöglicht wird diese durch eine zunehmende Entgrenzung von Unternehmen und Arbeit, verstanden als „Schrankenlosigkeit in Grenzen“ (Marx).
- Mit der Vermarktlichung wird im Unternehmen ein neuer Steuerungsmodus etabliert, die indirekte Steuerung. Er beruht auf einer Subjektivierung von Arbeit, auf Selbstorganisation und Flexibilisierung, ein widersprüchlicher Prozess, der Risiken und Chancen gleichermaßen in sich birgt.
- Hierüber kommt eine neue Arbeitspolitik ins Spiel, die mehr auf Arbeit in seiner Eigensinnigkeit beruht, nicht mehr auf dem Modell kooperativer Konfliktverarbeitung wie in der fordistischen Phase.

Diese Punkte sind die Elemente einer Theorie mittlerer Reichweite, die in den einzelnen Beiträgen vertieft und zur Diskussion gestellt werden. Zentral ist die Aufhebung der fordistischen Herrschafts-, Kontroll- und Steuerungsformen, in dessen Zentrum der Betrieb und sein Kommandosystem standen, in dessen Aufhebung das arbeitende Subjekt einen neuen ambivalenten Stellenwert erhält. In einem dialektischen Prozess der Entgrenzung und neuen Eingrenzung kommt es zu einer zunehmenden Internalisierung des Marktes, der sogar die Kooperationsbeziehungen der Beschäftigten untereinander in Kundenbeziehungen zu transformieren versucht. Die Unbestimmtheit des Marktes wird zum Organisationsprinzip von Arbeit, die Herrschaftsform Person tritt an Stelle der Herrschaftsform Hierarchie. Damit tritt die Auseinandersetzung um das Subjekt, um die Person als Träger lebendiger Arbeit, als Eigentümer der Ware Arbeitskraft, als neue ökonomische Form des konkreten Individuums ins Zentrum der arbeitspolitischen Auseinandersetzung, deren Folgen noch nicht abzusehen sind.

Dies so vorgebrachte Konstrukt ist und wird sicherlich vielfachen Kritiken ausgesetzt sein, zum einen aus der Perspektive großer Theorie, hier geht es um die Reinheit der gewählten Kategorien und ihre Entfaltung, zum anderen aus der Perspektive empiri-

scher Forschung, die immer auch das Gegenteil präsentieren kann, ohne damit aber automatisch weitergehende Orientierung liefern zu können. Derartige Debatten will *Sauer* geradezu herausfordern, um, wie er Adorno zitierend formuliert, die Möglichkeit einer Veränderung der gesellschaftlichen Gesamtverfassung aufzuspüren. Dies ist zu einem Teil bereits gelungen, indem über die gewählten Begrifflichkeiten abstrakte Gemeinsamkeiten, heuristische Perspektiven und diverse Beobachtungsraster sich zu einem Gesamtbild zusammenfügen, das von zunehmend Vielen der Mitdiskutanten in der Tendenz geteilt wird.

Mit einem neuen Verhältnis radikaler Vermarktlichung und Individualisierung kehrt das Subjekt in einer erweiterten Form in die Ökonomie zurück, Informatisierung und Subjektivierung von Arbeit stellen diese neuen Potenziale sowohl der Kapitalverwertung als auch von Arbeitspolitik dar, die in einen neuen Wettstreit treten müssen. Für die Seite der Arbeitspolitik bietet das Buch von *Sauer* eine gute Grundlage, sie sollte genutzt werden. Denn, wie folgert der Autor kurz und knapp: Mit dem Markt kann man nicht verhandeln. Eine Arbeitspolitik, die auf eine Anpassung an Marktzwänge setzt, hat von vornherein verloren (184).

Allerdings besteht der Markt auch aus Kunden, die man in arbeitspolitische Kampagnen mit einbeziehen kann, wie die Gewerkschaft Verdi dies in der Lidl Kampagne tut. In ihr geht es nicht um die Herrschaftsform Person, sondern den direkten Zugriff auf die arbeitenden Subjekte in alter Manier. Arbeit im Übergang zeigt also durchaus gegenläufige Tendenzen zu den von *Sauer* beschriebenen auf, die zu bewerten sind. Aber dies wäre schon ein weiterführender Diskurs, der über die vorliegende Veröffentlichung hinausgeht.

*Dr. Gerd Peter (Dortmund)*

Wolfgang Schroeder, Bernhard Weßels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, ISBN: 3-531-13587-2, 725 Seiten, 42,90 €.

In Zeiten tiefgreifender Umbrüche, in denen sich der Blick der wissenschaftlichen BeobachterInnen eher auf das Neue der vermeintlich heraufziehenden „Wissensgesellschaft“ richtet und zunehmend weniger auf die Gewerkschaften als „Traditionswächter“

der alten kapitalistisch-industriellen Arbeitsgesellschaft, ist ein „Hand- und Lehrbuch“ (so die Herausgeber in ihrem Vorwort) über die deutschen Gewerkschaften überraschend und sehr verdienstvoll. Fast jeder, der unter den deutschen Sozialwissenschaftlern (mit Ausnahme von A. Hassel haben die Herausgeber nur Männer in diesem Buch versammelt) das Thema Gewerkschaften intensiv bearbeitet hat, findet sich in diesem Sammelband wieder. Nahezu alle wichtigen Aspekte gewerkschaftlicher Politik und Organisation werden in den fünf Hauptabschnitten des Buches systematisch abgehandelt. Sie reichen von der „Geschichte und Funktion der Gewerkschaften über die „gewerkschaftliche Organisation“, die „Kontexte: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“, „gewerkschaftliche Politikfelder und gewerkschaftliches Handeln“ bis zur Frage nach den „Gewerkschaften im internationalen Umfeld“, und sie werden mit einem umfänglichen Anhang mit Basisdaten zu Geschichte und Organisation der Gewerkschaften in der Bundesrepublik komplettiert. Der Leser findet Informationen in Bezug auf die Dachverbände (DGB, aber auch DBB und CGB), die wichtigsten Mitgliedsgewerkschaften im DGB (IG Metall, ver.di und IGBCE) aber auch den BdA sowie in Bezug auf die wichtigsten Politikfelder der Tarif- und Betriebspolitik (Ergebnisse der Betriebsratswahlen, Entwicklung von Arbeitskonflikten) in der Geschichte der Bundesrepublik. Es dürfte kein anderes Buch geben, das ähnlich gut informiert das breite Spektrum der Funktionen ausleuchtet, die den Gewerkschaften in der über fünfzigjährigen Geschichte von Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik zugekommen ist.

Die Einleitung der *Herausgeber* mündet in wichtigen Fragen in Bezug auf die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften (32ff). Die weitreichenden Veränderungen infolge einer zunehmenden „Verbetrieblung der Arbeitsbeziehungen“ führten zu einem entsprechenden Anpassungsdruck auf den Flächentarifvertrag. Auf den tiefgreifenden „Wandel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung“ hätten die Gewerkschaften, etwa im Hinblick auf ihre eigene stärkere organisatorische Verankerung im Dienstleistungsbereich noch keine überzeugenden Antworten gefunden. Der „soziokulturelle Wandel“ der Gesellschaft verschärfe dieses Problem noch, weil die Gewerkschaften deutlich an Attraktivität für junge Menschen verloren haben. Schließlich mache der Wandel des „regulativen und politischen Umfeldes“, insbesondere der Umbau des Wohlfahrtsstaates, es den Gewerkschaften schwer, sich als „konstruktiver Gestalter“ zu präsentieren.

Es fällt auf, dass die Herausgeber hier einerseits sehr vorsichtig und etwas unspezifisch von Wand-